

PAKISTAN

Mutter von vier Kindern zum Tode verurteilt

Zur „Gefangenen des Monats März 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die pakistanische Christin Shagufta Kiran benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die zum Tode verurteilte vierfache Mutter einzusetzen. In den frühen Morgenstunden des 29. Juli 2021 stürmten Sicherheitskräfte der Abteilung für Internetkriminalität der obersten Ermittlungsbehörde Pakistans die Wohnung der 40-jährigen gelernten Krankenschwester und nahmen sie wegen angeblicher Blasphemie fest. Ihr wird zur Last gelegt, über das soziale Netzwerk WhatsApp im September 2020 abschätzig Inhalte über den islamischen Propheten Mohammed geteilt zu haben.

Musterbrief

Herrn Präsident Asif Ali Zardari
c/o Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstraße 29
10719 Berlin

Exzellenz,

ich wende mich heute wegen der vierfachen pakistanischen Familienmutter Shagufta Kiran an Sie. In den frühen Morgenstunden des 29. Juli 2021 stürmten Sicherheitskräfte der Abteilung für Internetkriminalität der obersten Ermittlungsbehörde Pakistans die Wohnung der 40-jährigen gelernten Krankenschwester und nahmen die Christin wegen angeblicher Blasphemie fest, nachdem sie sich im September 2020 im sozialen Netzwerk WhatsApp angeblich über die islamische Religion zu Wort meldete.

Ihre zehn und zwölf Jahre alten Söhne wurden zeitweise ebenso in Gewahrsam genommen, schließlich jedoch freigelassen. Die Familie ist weiter in Gefahr, einem Lynchmord zum Opfer zu fallen. Am 18. September 2024 verhängte das zuständige Gericht das Todesurteil, das nach einer siebenjährigen Haftstrafe vollstreckt werden soll.

Es gibt berechtigten Grund zu der Annahme, dass es bei dieser Anschuldigung nur vordergründig um die Durchsetzung des Respekts vor dem Islam geht. Vielmehr sollte wohl auch in diesem Fall ein weiteres Mal ein Exempel statuiert werden. Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um auf die Freilassung der Inhaftierten hinzuwirken und für ihre Sicherheit sowie die der Angehörigen Sorge zu tragen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Shagufta Kiran

Ihre zehn und zwölf Jahre alten Söhne wurden zeitweise als angebliche Mittäter in Gewahrsam genommen, schließlich jedoch freigelassen. Die Familie ist weiter in Gefahr, einem Lynchmord zum Opfer zu fallen. Die Mutter befindet sich im Zentralgefängnis in Rawalpindi (Provinz Punjab). Am 18. September 2024 fällte das zuständige Gericht in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad das Todesurteil, das nach einer siebenjährigen Haftstrafe vollstreckt werden soll.

IRAN

Christen erneut willkürlich inhaftiert

Iranische Geheimdienstagenten haben erneut die beiden Christen Naser Navard-Goltapeh und Joseph Shahbazian festgenommen. Die Festnahmen erfolgten jeweils nach Wohnungsdurchsuchungen der Sicherheitskräfte in den frühen Morgenstunden des 6. Februar 2025 in Teheran und in der Stadt Parand. Nach ihrer Inhaftierung wurden die Christen ins berüchtigte Teheraner Evin-Gefängnis verlegt. Naser Navard-Goltapeh hat einen Hungerstreik

begonnen, um gegen die willkürliche Inhaftierung zu protestieren.

Sowohl Goltapeh als auch Shahbazian wurden zuvor bereits wegen ihres Glaubens festgenommen. Die IGFM benannte Goltapeh im März 2018 und Shahbazian im September 2020 zusammen mit IDEA zu „Gefangenen des Monats“.

Joseph Shahbazian erreichte im September 2023 in einem Berufungsverfahren nach 13 Monaten hinter Gittern seine

Freilassung aus dem Gefängnis. Naser Navard-Goltapeh wurde erstmals im Juli 2016 bei einer privaten Versammlung verhaftet und wegen ähnlicher Vorwürfe der Gründung einer Hauskirche und der Förderung des Christentums, was das Mullah-Regime als „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ bewertet, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Hälfte seiner Haftstrafe wurde er im Oktober 2022 freigelassen.

Ein Denkmal der Toleranz in Trümmern

Der Angriff auf die Ahmadiyya-Muslim-Moschee von Sir Zafrullah Khan

Ein Aufruf von Saba Rana

In der pakistanischen Stadt Daska (Regierungsbezirk Sialkot) ist im Januar 2025 eine bedeutende Gebetsstätte durch einen Anschlag zerstört worden, die ein Symbol für Toleranz und Frieden war. Die von Sir Muhammad Zafrullah Khan, einem Pionier der internationalen Diplomatie, erbaute Ahmadiyya-Muslim-Moschee wurde zur Zielscheibe von religiöser Intoleranz. Diese Tat ist mehr als nur ein Akt der Zerstörung; sie ist ein Angriff auf die Grundprinzipien der Religionsfreiheit und des Respekts, für die Sir Zafrullah Khan sein Leben lang eintrat.

Am Abend des 16. Januar 2025 traf die Polizeibeamtin Maham Mushtaq mit weiteren Regierungsbeamten und Polizeikräften in der Moschee ein. Der Strom in der Gegend wurde abgeschaltet, und es wurde eine Operation gestartet, um die Ahmadiyya-Muslim-Gebetsstätte abzureißen. Die Behörden sperrten beide Seiten der Moschee ab, und zwischen

19 und 23 Uhr fand der Abriss statt. Die anwesenden Gläubigen widersprachen und warnten die Beamten, die rechtlichen Grenzen nicht zu überschreiten. Der Kranführer reagierte mit einer Drohung und erklärte, dass er sie zerquetschen würde, wenn sie sich nicht bewegen würden.

Sir Zafrullah Khan: Ein Leben im Dienst der Menschlichkeit

Sir Muhammad Zafrullah Khan war nicht nur der erste Außenminister Pakistans,

sondern auch ein unermüdlicher Kämpfer für Menschenrechte. In diesem Sinne trat er vor den Vereinten Nationen auf. Seine Überzeugung, dass kein Volk über ein



Der Baukran zertrümmert die Moschee der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde im pakistanischen Daska. Die Aufnahme entstammt einem vielfach auf „X“ geteilten Video, das die Zerstörung belegt.

anderes herrschen sollte, ist ein Leuchtfeuer der Hoffnung in unserer heutigen, von Konflikten geplagten Welt.

Die Zerstörung der Moschee bedeutet eine schmerzhaft Erinnerung daran, dass die Arbeit von Sir Zafrullah Khan noch lange nicht abgeschlossen ist. Seine Vision von Dialog, Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit ist heute relevanter denn je.

Die Zerstörung der Ahmadiyya-Muslim-Moschee in Daska verstößt gegen mehrere internationale Menschenrechtsabkom-

men, darunter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Artikel 18 der AEMR garantiert das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, während Artikel 27 des Zivilpaktes den Schutz religiöser Minderheiten sicherstellt.

Die Behauptung der Behörden, ein Teil der Moschee sei eine unerlaubte Überbauung auf einer öffentlichen Straße, wurde von der Ahmadiyya-Gemeinde entschieden zurückgewiesen. Die Gemeinde betonte, dass die Zerstörung ein abscheuliches Verbrechen und ein klarer Verstoß gegen die Entscheidungen höherer Gerichte sei. Diese Handlungen stellen eine klare Verletzung der Religionsfreiheit und der Rechte der Ahmadiyya-Gemeinde dar.

Lassen Sie uns die pakistanische Regierung auffordern, die Verantwortlichen für die Zer-

störung der Moschee zur Rechenschaft zu ziehen, die Sicherheit der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde zu gewährleisten und künftig ihre Rechte zu schützen, ihr Recht auf Leben, ihre Religionsfreiheit sowie die Sicherheit ihrer Moscheen und Immobilien im Einklang mit den verfassungsmäßigen und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Ahmadiyya Muslim Juristenvereinigung (AMJV).

NIGERIA

Weiterhin hohe Zahl islamistischer Angriffe auf Christen

Seit Ende 2024 sind in Nigeria mehr als 100 Christen durch islamistischen Terror umgekommen. Die Opfer waren vorwiegend im sogenannten „mittleren Gürtel“ des bevölkerungsreichsten afrikanischen Landes zu verzeichnen.

Wie Medien Ende Januar berichteten, ereignete sich in der Stadt Anwase im Bundesstaat Benue an Weihnachten ein Massa-

ker, bei dem 47 christliche Nigerianer ermordet wurden. Eine Kirche mit Pfarrhaus und Gesundheits- sowie Bildungseinrichtungen gingen bei dem Angriff in Flammen auf.

Die Täter wurden noch nicht identifiziert, jedoch kommt es in der Region häufig zu Überfällen islamisch-radikalisierter Fulani-Hirtenbanden, die auch für eine Se-

rie weiterer Morde, Brandschätzungen und Entführungen im Januar und Februar im Bundesstaat Plateau sowie am 1. Februar 2025 im Bundesstaat Enugu verantwortlich sind.

Im Norden Nigerias, in den Bundesstaaten Kaduna und Gombe, kam es im Februar zudem zu mehreren Morden durch die islamische Terrororganisation Boko Haram.